



Bundesministerium

Soziales, Gesundheit, Pflege
und Konsumentenschutz

Bericht gem. § 3 Abs. 5 COVID-19- FondsG

des Bundesministeriums für Soziales, Gesundheit, Pflege und
Konsumentenschutz an den zuständigen Ausschuss des Nationalrats über das
Kalenderjahr 2021 (Jänner bis **Oktober** 2021)

Wien, im November 2021

COVID-19-FondsG-Berichterstattung

Berichtszeitraum: Jänner- Oktober 2021

1. UG 21 – Soziales und Konsumentenschutz

Titel	Covid-19 Gesetz Armut (DB 21.01.04.00)
Im BFG 2021 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	6.598.000,00 € ausbezahlt Dotierung von insgesamt 12 Mio. € im Rahmen der BFG-Novelle Mai 2021 (BGBl. I Nr. 89/2021)
Beschreibung der Maßnahmen	Die bereitgestellten Mittel werden im Jahr 2021 für Förderungen von gemeinnützigen Organisationen im Rahmen der ARR 2014 eingesetzt. Folgende Projektträger wurden bisher mit insgesamt 4.925.000,00 EUR gefördert: • Verein Autonome Österreichische Frauenhäuser • Pro mente Oberösterreich • Sindbad - Mentoring für Jugendliche Österreich • Theater der Unterdrückten • Verein Pat:innen für alle • Verein Kriseninterventionszentrum • AFYA – Verein zur interkulturellen Gesundheitsförderung • Gemeinsam - Verein Interkulturelle Arbeit • Institut für Frauen und Männergesundheit • Österreichischer Gewerkschaftsbund • Bundesverband Österreichischer Psycholog:innen • Die möwe • Verein zur Förderung und Führung von Kindern-, Jugend- und Familiencamps • Verband der österreichischen Tafeln • ÖPA – Österreichische Plattform für alleinerziehende Mütter/Väter und ihre Kinder • FEM.A – Verein Feministische Alleinerzieherinnen • Verein für Männer- und Geschlechterthemen Steiermark • poika – Verein zur Förderung von gendersensibler Bubenarbeit in Erziehung und Unterricht Sämtliche Förderungen werden zur COVID-19 bedingten Armutsbekämpfung verwendet. Die geförderten Projekte weisen folgende Schwerpunkte auf:

Titel	Covid-19 Gesetz Armut (DB 21.01.04.00)									
	• Bekämpfung der sozialen und armutsrelevanten Folgen der COVID-19 Pandemie auf Kinder und Jugendliche • Versorgungssicherheit bei Lebensmitteln und Bedarfsgütern im Kontext der COVID-19 Pandemie • Medizinische und psychosoziale Basisversorgung für mehrfach vulnerable Personengruppen im Kontext der COVID-19 Pandemie • Gewaltprävention und Gewaltschutz im Kontext der COVID-19 Pandemie • Unterstützung bei COVID-19 bedingter oder drohender Wohnungslosigkeit Gesetzliche Grundlage: Bundesgesetz zur Bekämpfung pandemiebedingter Armutsfolgen (COVID-19-Gesetz-Armut), BGBl. I Nr. 135/2020									
Materielle Auswirkungen	Bereits vor der Pandemie im Jahr 2019 waren laut EU-SILC 1.472.000 Menschen (16,9% der Gesamtbevölkerung) armuts- oder ausgrenzungsgefährdet. Durch die Folgen von COVID-19 droht längerfristig ein Anstieg der Armutsgefährdung. Die geförderten Projekte sollen daher die Unterstützung von armuts- oder ausgrenzungsgefährdeten Personen gewährleisten, die von den Folgen der COVID-19 Pandemie besonders betroffen sind. Mit den o.g. Projekten soll ein Beitrag zur Abfederung der sozialen Folgen der Krise geleistet werden, deren Tragweite nach wie vor nicht vollständig abschätzbar ist.									
Finanzielle Auswirkungen	Folgende Zahlungen wurden bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes an og. NGOs getätigt: <table><tr><td></td><td>Summe Vormonate</td><td>Oktober 2021</td></tr><tr><td>Summe</td><td>4.925.000,00</td><td>1.673.000,00</td></tr><tr><td>Gesamt</td><td colspan="2">6.598.000,00 €</td></tr></table>		Summe Vormonate	Oktober 2021	Summe	4.925.000,00	1.673.000,00	Gesamt	6.598.000,00 €	
	Summe Vormonate	Oktober 2021								
Summe	4.925.000,00	1.673.000,00								
Gesamt	6.598.000,00 €									

Titel	Covid-19 Gesetz Armut (DB 21.01.04.00)
Im BFG 2021 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	17.991.000,00 € ausbezahlt Aufhebung der Mittelverwendungsbindung in der Höhe von EUR 18.000.000,00 € vom BMF gemäß § 37 BHG vorgenommen.
Beschreibung der Maßnahmen	Die bereitgestellten Mittel werden für Förderungen von gemeinnützigen Organisationen im Rahmen der Sonderrichtlinie „COVID-19 Armutsbekämpfung“ eingesetzt. Folgende Projektträger wurden bisher mit insgesamt 17.991.000,00 EUR gefördert: • Big Brothers Big Sisters Österreich • JUNO • FOOTPRINT - Betreuung, Freiraum & Integration für Betroffene von Frauenhandel & Gewalt • Caritas Österreich • Neunerhaus – Hilfe für obdachlose Menschen • BAWO – Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe • RepaNet – Re-Use- und Reparaturnetzwerk • ABZ* Austria Verein zur Förderung von Arbeit, Bildung und Zukunft von Frauen • ISOP Innovative Sozialprojekte GmbH • Volkshilfe Solidarität • Fremde werden Freunde • Hilfswerk Österreich • Diakonie Eine Welt – Sozial • Die Armutskonferenz • Verband der österreichischen Tafeln • Bundesgemeinschaft Freie Wohlfahrt Sämtliche Förderungen werden zur COVID-19 bedingten Armutsbekämpfung verwendet. Die geförderten Projekte weisen folgende Schwerpunkte auf: • Bekämpfung der sozialen und armutsrelevanten Folgen der COVID-19 Pandemie auf Kinder und Jugendliche • Medizinische und psychosoziale Basisversorgung für mehrfach vulnerable Personengruppen im Kontext der COVID-19 Pandemie • Gewaltprävention und Gewaltschutz im Kontext der COVID-19 Pandemie • Unterstützung bei COVID-19 bedingter oder drohender Wohnungslosigkeit Gesetzliche Grundlage: Die Erstellung der Inhalte der Sonderrichtlinie „COVID-19 Armutsbekämpfung“ erfolgte auf Grundlage der zwischen dem Bundesminister für Finanzen und dem Bundesminister für

	Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz im Oktober 2020 geschlossenen Vereinbarung im Rahmen des COVID-19-Gesetz-Armut, wonach EUR 20 Mio. aus dem COVID-19 Krisenbewältigungsfonds für Projektförderungen an gemeinnützige Organisationen zur Milderung der sozialen und armutsrelevanten Folgen der COVID -19 Pandemie auf armuts- und ausgrenzungsgefährdete Personen verwendet werden sollen.									
Materielle Auswirkungen	Bereits vor der Pandemie im Jahr 2019 waren laut EU-SILC 1.472.000 Menschen (16,9% der Gesamtbevölkerung) armuts- oder ausgrenzungsgefährdet. Durch die Folgen von COVID-19 droht längerfristig an Anstieg der Armutsgefährdung. Die geförderten Projekte sollen daher die Unterstützung von armuts- oder ausgrenzungsgefährdeten Personen gewährleisten, die von den Folgen der COVID-19 Pandemie besonders betroffen sind. Mit den o.g. Projekten soll ein Beitrag zur Abfederung der sozialen Folgen der Krise geleistet werden, deren Tragweite nach wie vor nicht vollständig abschätzbar ist.									
Finanzielle Auswirkungen	Bis zum Monatsende des Berichtszeitraums wurden im Rahmen der Sonderrichtlinie „COVID-19 Armutsbekämpfung“ an o.g. NGOs folgende Zahlungen durchgeführt: <table><tr><td></td><td>Summe Vormonate</td><td>Oktober 2021</td></tr><tr><td>Summe</td><td>12.231.000,00</td><td>5.760.000,00</td></tr><tr><td>Gesamt</td><td colspan="2">17.991.000,00 €</td></tr></table> 90% der Gesamtfördersumme, sollen noch im Budgetjahr 2021 ausbezahlt werden. Die restlichen 10% werden nach Abnahme der Projekte im Jahr 2022 ausbezahlt.		Summe Vormonate	Oktober 2021	Summe	12.231.000,00	5.760.000,00	Gesamt	17.991.000,00 €	
	Summe Vormonate	Oktober 2021								
Summe	12.231.000,00	5.760.000,00								
Gesamt	17.991.000,00 €									

Titel	Covid-19 Gesetz Armut (DB 21.01.04.00)
Im BFG 2021 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	14.000.000,00 € ausbezahlt Dotierung von insgesamt 14 Mio. € im Rahmen der BFG-Novelle Mai 2021 (BGBl. I Nr. 89/2021)
Beschreibung der Maßnahmen	Die bereitgestellten Mittel werden im Jahr 2. Halbjahr 2021 für folgende Unterstützungen an Sozialhilfe- bzw. Mindestsicherungshaushalte eingesetzt: Zuwendungen für Kinder in Sozialhilfe- bzw. Mindestsicherungshaushalten in Höhe von <u>bis zu 200 Euro</u> pro Kind (=Weiterführung der Anfang 2021 ebenfalls aus Mitteln des COVID-19-Gesetz-Armut finanzierten Maßnahme; Stichtag 31.7.2021); Die Leistung gebührt zusätzlich zu regulären Sozialhilfe- bzw. Mindestsicherungs-Leistungen und gelangt über die Länder automatisch zur Auszahlung; die Abwicklung erfolgt auf Basis von Richtlinien des BMSGPK, die im Einvernehmen mit dem BMF erstellt wurden (und am 15.7.2021 in Kraft getreten sind). Gesetzliche Grundlage: Bundesgesetz zur Bekämpfung pandemiebedingter Armutsfolgen (COVID-19-Gesetz-Armut), BGBl. I Nr. 135/2020, idF BGBl. I Nr. 58/2021
Materielle Auswirkungen	Die finanziellen Zuwendungen an Sozialhilfe- bzw. Mindestsicherungs-Haushalte für Kinder tragen zu einer Verbesserung der Einkommenssituation vulnerabler Personengruppen bei. Diese geraten durch die anhaltende COVID-19-Krisensituation zunehmend in die Situation, Kosten für die Lebenshaltung bzw. für Energie nicht mehr tragen zu können. Mit den o.g. Maßnahmen soll ein Beitrag zur Abfederung der sozialen Folgen der Krise geleistet werden, deren Ausmaß bislang noch nicht abschätzbar ist. Bis zu 73.000 Kinder sollen erreicht werden.
Finanzielle Auswirkungen	Bis zum Monatsende des Berichtszeitraums wurden 14.000.000,00 € an die Bundesländer zur Auszahlung an die begünstigten Familien überwiesen. In Folge wurden keine weiteren Zahlungen in diesem Zusammenhang getätigt (z.B. Verwaltungskostenersatz für die Länder)

Titel	Corona-Familienhärteausgleich, Teil UG 21										
Im BFG 2021 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	Von den im Kalenderjahr 2020 ausbezahlten Mitteln für den Corona-Familienhärteausgleich in Höhe von 13 Mio. € wurden 4.734.896,38 € im Jahr 2021 an das Ressort rücküberwiesen .										
Beschreibung der Maßnahmen	Finanzielle Zuwendungen an Kinder in Sozialhilfe- bzw. Mindestsicherungshaushalten in Höhe von 50 Euro/Kind und Monat für 2 Monate; die Leistung gebührt zusätzlich zu „regulären“ Sozialhilfe- bzw. Mindestsicherungsleistungen und gelangt über die Länder automatisch zur Auszahlung; die Abwicklung erfolgt auf Basis von Richtlinien des BMSGPK, die im Einvernehmen mit dem BMAFJ erstellt wurden (und am 1.07.2020 in Kraft getreten sind). Gesetzliche Grundlage: § 38a Abs. 11 bis 14 Familienlastenausgleichsgesetz 1967, BGBl. Nr. 376/1967 idF des BGBl. Nr. 28/2020 (6. COVID-19-Gesetz)										
Materielle Auswirkungen	Mit den Zuwendungen leistet der Bund einen Beitrag zur Milderung pandemiebedingter Krisenfolgen in einkommensschwachen Haushalten (Entlastung bei Ausgaben des täglichen Bedarfs). Die Endabrechnung ergab, dass 89.681 Kinder mit diesen Mitteln unterstützt wurden.										
Finanzielle Auswirkungen	Es wurden 13.000.000,00 € im Juli 2020 an die Bundesländer zur Auszahlung an die begünstigten Familien überwiesen. Laut Endabrechnung gaben die Länder davon 8.265.103,62 Euro aus. Die nicht verwendeten Mittel iHv 4.734.896,38 wurden von den Ländern im Jahr 2021 zur Gänze rücküberwiesen. <table border="1"> <tr> <td></td><td>Summe Vormonate</td><td>Oktober 2021</td></tr> <tr> <td>Summe</td><td>4.680.711,84</td><td>54.184,54</td></tr> <tr> <td>Gesamt</td><td colspan="2">4.734.896,38 €</td></tr> </table>			Summe Vormonate	Oktober 2021	Summe	4.680.711,84	54.184,54	Gesamt	4.734.896,38 €	
	Summe Vormonate	Oktober 2021									
Summe	4.680.711,84	54.184,54									
Gesamt	4.734.896,38 €										

Titel	Covid-19 Gesetz Armut (DB 21.01.04.00)
Im BFG 2021 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	20.000.000,00 € ausbezahlt Die Aufhebung der Mittelbindung wurde vom BMF gem. § 37 BHG in der erforderlichen Höhe vorgenommen.
Beschreibung der Maßnahmen	Die bereitgestellten Mittel werden im Jahr 2021 für folgende Unterstützungen an Sozialhilfe- bzw. Mindestsicherungshaushalte eingesetzt: ▪ Zuwendungen an Kinder in Sozialhilfe- bzw. Mindestsicherungshaushalten in Höhe von 100 Euro pro Kind (=Weiterführung der im Jahr 2020 aus Mitteln des Familienhärteausgleichs finanzierten Maßnahme); ▪ Energiekostenzuschüsse in Höhe von bis zu 100 Euro pro Haushalt bei vorliegendem SH- bzw. MS-Bezug. Beide Leistungen gebühren zusätzlich zu regulären SH- bzw. MS-Leistungen und gelangen über die Länder automatisch zur Auszahlung; die Abwicklung erfolgt auf Basis von Richtlinien des BMSGPK, die im Einvernehmen mit dem BMF erstellt wurden (und am 20.01.2021 in Kraft getreten sind). Gesetzliche Grundlage: Bundesgesetz zur Bekämpfung pandemiebedingter Armutsfolgen (COVID-19-Gesetz-Armut), BGBl. I Nr. 135/2020
Materielle Auswirkungen	Die finanziellen Zuwendungen an SH- bzw. BMS-Haushalte für Kinder und zur Abdeckung von Energiekosten tragen zu einer Verbesserung der Einkommenssituation vulnerabler Personengruppen bei. Diese geraten durch die anhaltende COVID-19-Krisensituation zunehmend in die Situation, Kosten für die Lebenshaltung bzw. für Energie nicht mehr tragen zu können. Mit den o.g. Maßnahmen soll ein Beitrag zur Abfederung der sozialen Folgen der Krise geleistet werden, deren Ausmaß bislang noch nicht abschätzbar ist. Bis zu 80.000 Kinder und mehr als 100.000 Haushalte sollen erreicht werden.
Finanzielle Auswirkungen	Im Jänner 2021 wurden EUR 20.000.000,00 für das Covid-19-Gesetz Armut an die Bundesländer zur Auszahlung an die begünstigten Familien überwiesen. In Folge wurden keine weiteren Zahlungen in diesem Zusammenhang getätigt.

2. UG 24 – Gesundheit

Titel	Kosten Epidemiegesetz (DB 24.01.01.00)
Im BFG 2021 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	724.015.176,18 € ausbezahlt Die Aufhebung der Mittelbindung wurde vom BMF gem. § 37 BHG in der erforderlichen Höhe vorgenommen.
Beschreibung der Maßnahmen	Gemäß §36 Abs. 1 Epidemiegesetz 1950 sind bestimmte klar definierte Kosten aus dem Bundesschatz zu bestreiten. Kostenersatzes gemäß §36 Abs. 1 Epidemiegesetz 1950, im Zusammenhang mit COVID-19, wurden im Jahr 2021 allen Bundesländern sowie der AGES gewährt. Die Vollziehung des Epidemiegesetzes erfolgt in den Bundesländern in mittelbarer Bundesverwaltung nach Art. 102 B-VG. Gesetzliche Grundlage: Epidemiegesetz 1950
Materielle Auswirkungen	Kostenersatzes gemäß §36 Abs. 1 Epidemiegesetz sind im Jahr 2021 gemäß folgender littera aus dem Bundesschatz bestritten worden: a) die Kosten von Screeningprogrammen nach § 5a; b) die Kosten der in staatlichen Untersuchungsanstalten nach § 5 vorgenommenen Untersuchungen; d) die Kosten der Überwachung und Absonderung ansteckungsverdächtiger Personen (§ 17); f) die Kosten der Vorkehrungen zur Einschränkung des Verkehrs mit Bewohner:innen verseuchter Ortschaften und Niederlassungen (§ 24); g) die Gebühren der Epidemieärzt:innen (§ 27); i) die Vergütungen für den Verdienstentgang (§ 32) n) die Kosten für die Beauftragungen nach § 5 Abs. 4 und § 27a. Anmerkung: bei jenen Ziffern die hier nicht erwähnt wurden, erfolgte im Jahr 2021 keine Kostentragung.
Finanzielle Auswirkungen	Folgende Zahlungen wurden bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes aufgrund des §36 Abs. 1 Epidemiegesetz 1950 getätigt:

	Summe Vormonate	Oktober 2021
§36(1) a Screeningprogramme	105.790.526,78	12.189.008,20
§36(1) b Untersuchungen	238.833.765,26	9.048.814,19
§36(1) d Absonderung v. Personen	129.967,54	1.418,61
§ 36(1) f Verkehrseinschrän- kungen	124.083,27	-
§36(1) g Gebühren f. Epide- mieärzt:innen	15.268.085,85	509.538,55
§ 36 (1) i Verdienstentgang	249.473.755,69	50.890.238,82
§36(1) n Kosten gem. §5(4)/§27a	33.027.641,86	2.077.729,88
Zertifikate Epidemiegesetz	174.872,99	97.089,98
Sonst. Aufwendungen AGES	5.875.331,81	503.306,90
Summe	648.698.031,05	75.317.145,13
gesamt	724.015.176,18 €	

Kosten Epidemiegesetz im Detail

2021 - gesamt Epidemiegesetz

Gesamtübersicht Zahlungen COVID-Kosten alle Bundesländer 2021												
Zahlungen gemäß §36 Abs. 1 Epidemiegesetz 1950:	Wien	Salzburg	Oberöstr.	Niederöstr.	Burgenland	Steiermark	Kärnten	Tirol	Vorarlberg	AGES	UniWien	Österreich
a) Screenings	14.463.558,19 €	0,00 €	5.542.380,00 €	56.968.413,94 €	3.766.663,97 €	0,00 €	5.384.839,63 €	11.940.252,00 €	2.467.843,49 €	17.068.200,76 €	377.383,00 €	117.979.534,98 €
b) die Kosten der in staatlichen Untersuchungsanstalten nach § 5 vorgenommenen Untersuchungen;	80.487.727,18 €	23.334.666,26 €	21.690.874,91 €	25.301.476,61 €	494.903,80 €	31.414.456,97 €	8.766.612,67 €	30.008.442,70 €	4.411.299,72 €	21.972.118,63 €	0,00 €	247.882.579,45 €
d) die Kosten der Überwachung und Absonderung ansteckungsverdächtiger Personen (§ 17);	0,00 €	22.670,00 €	426,80 €	2.368,00 €	29.398,28 €	0,00 €	10.287,14 €	63.253,85 €	2.982,08 €	0,00 €	0,00 €	131.386,15 €
f) die Kosten der Vorkehrungen zur Einschränkung des Verkehrs mit Bewohnern verseuchter Ortschaften und Niederlassungen (§ 24);	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	3.353,39 €	120.729,88 €	0,00 €	0,00 €	124.083,27 €
g) die Gebühren der Epidemieleärzte Bewohnern verseuchter Ortschaften und Niederlassungen (§ 24);	840.619,95 €	177.905,00 €	220.199,60 €	2.992.821,18 €	566.098,00 €	3.620.031,03 €	4.372.053,07 €	2.590.059,33 €	397.837,24 €	0,00 €	0,00 €	15.777.624,40 €
i) die Vergütungen für den Verdienstentgang (§ 32);	28.584.051,54 €	35.494.977,46 €	82.505.303,19 €	69.779.489,19 €	979.967,38 €	9.443.645,94 €	9.275.724,63 €	48.357.462,14 €	15.943.373,04 €	0,00 €	0,00 €	300.363.994,51 €
n) §27a Beauftragungen	11.807.258,10 €	92.496,80 €	4.288.637,53 €	8.683.967,32 €	0,00 €	2.383.403,37 €	2.452.993,55 €	0,00 €	1.138.690,91 €	4.257.924,16 €	0,00 €	35.105.371,74 €
Impfzertifikate Epidemiegesetz	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	271.962,97 €	0,00 €	271.962,97 €
AGES sonstiger Aufwand	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	6.378.638,71 €	0,00 €	6.378.638,71 €
Summe	136.183.214,96 €	59.122.715,52 €	114.247.822,03 €	163.728.536,24 €	5.837.031,43 €	46.861.537,31 €	30.262.510,69 €	92.962.823,41 €	24.482.756,36 €	49.948.845,23 €	377.383,00 €	724.015.176,18 €

Titel	Umsetzung der 3G- Regelung (genesen, getestet und geimpft) durch Plattform Österreich testet, E-Impfpass und Grüner Pass (DB 24.01.01.00)																
Im BFG 2021 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	7.772.949,15 € ausbezahlt																
Beschreibung der Maßnahmen	Um allen COVID-19 Getesteten, Genesenen und Geimpften eine rasche Rückkehr in den Alltag zu ermöglichen, wurde sowohl auf EU-Ebene als auch auf nationaler Ebene ein einheitlich gestalteter Nachweis (grüner Pass) geschaffen. Ebenso ist der E-Impfpass wesentlich an der Funktionsweise des grünen Passes beteiligt. Als drittes Element in diesem Kontext ist auch der Betrieb der Testplattform „Österreich testet“ anzuführen, um auch die getesteten Personen zu erfassen. Um eine Kompatibilität zwischen allen angeführten Systemen zu gewährleisten sowie die Ausfallsicherheit und die Anfragekapazitäten zu erhöhen, sind hier Aufwendungen in den Bereichen Entwicklung und IT Infrastruktur notwendig. Gesetzliche Grundlage: Epidemiegesetz 1950 und COVID-19-Maßnahmengesetz																
Materielle Auswirkungen	Implementierungskosten für die Einführung des Grünen Passes zum Nachweis der Immunität gegen SARS-CoV 2 um geimpften, genesenen oder getesteten Personen wieder ein Leben ohne Freiheitsbeschränkungen zu ermöglichen																
Finanzielle Auswirkungen	Folgende Zahlungen wurden bis Monatsende des Berichtszeitraumes getätigt: <table border="1"> <thead> <tr> <th></th><th>Vormonate</th><th>Oktober 2021</th></tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Österreich testet</td><td>4.889.512,56</td><td>773.836,59</td></tr> <tr> <td>e-Impfpass</td><td>2.109.600,00</td><td>-</td></tr> <tr> <td>Summe</td><td>6.999.112,56</td><td>773.836,59</td></tr> <tr> <td>gesamt</td><td colspan="2">7.772.949,15 €</td></tr> </tbody> </table>			Vormonate	Oktober 2021	Österreich testet	4.889.512,56	773.836,59	e-Impfpass	2.109.600,00	-	Summe	6.999.112,56	773.836,59	gesamt	7.772.949,15 €	
	Vormonate	Oktober 2021															
Österreich testet	4.889.512,56	773.836,59															
e-Impfpass	2.109.600,00	-															
Summe	6.999.112,56	773.836,59															
gesamt	7.772.949,15 €																

Titel	Kosten COVID-19-Zweckzuschussgesetz (DB 24.01.01.00)
Im BFG 2021 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	218.673.020,56 € ausbezahlt Die Aufhebung der Mittelbindung wurde vom BMF gem. § 37 BHG in der erforderlichen Höhe vorgenommen.
Beschreibung der Maßnahmen	Für bestimmte den Ländern entstandene und klar definierte, zusätzlich aufgrund der COVID-19-Krise entstandene Aufwendungen leistet der Bund einen Zweckzuschuss. Gesetzliche Grundlage: Bundesgesetz über einen Zweckzuschuss an die Länder aufgrund der COVID-19-Krise (COVID-19-Zweckzuschussgesetz)
Materielle Auswirkungen	Zweckzuschüsse nach dem COVID-19-Zweckzuschussgesetz werden auf Antrag der Länder für nachfolgend genannte Kategorien gewährt: ◦ §1 Abs. 1 Z. 1 – Schutzausrüstung im Zeitraum März 2020 bis März 2022 ◦ §1 Abs. 1 Z. 2 – Personalkosten für die telefonische Gesundheitsberatung unter der Rufnummer 1450 sowie für telefonische Gesundheitsberatungen mit gleicher Ausrichtung wie die Rufnummer 1450 im Zeitraum März 2020 bis März 2022 ◦ §1 Abs. 1 Z. 3 – Barackenspitäler im Zeitraum März 2020 bis März 2022 ◦ §1 Abs. 1 Z. 5 – Alle im direkten Zusammenhang mit nach Z 2 entstandenen Kosten, wie Infrastrukturkosten sowie Recruiting- und Schulungskosten, im Zeitraum von März 2020 bis März 2022 und ◦ §1 Abs. 1 Z. 6 – Administrativer Aufwand im Zusammenhang mit nach § 5 des Epidemiegesetzes 1950 angeordneten Testungen im Zeitraum von März 2020 bis März 2022 ◦ §1a – Bevölkerungsweite Testungen bis 31. März 2022 ◦ davon zusätzliche Überstunden von Gemeindebediensteten - §1a Z 2 ◦ davon Aufwandsentschädigungen, die von den Ländern und Gemeinden an nicht hauptberuflich tätige unterstützende Personen gewährt werden - §1a Z 5 ◦ §1b – Bevölkerungsweite Impfaktionen bis 31. März 2022 ◦ davon zusätzliche Überstunden von Gemeindebediensteten- §1b Z 3 ◦ §1c – COVID-19-Tests in Apotheken, Aufwand der Krankenfürsorgeanstalten bis 31. März 2022

	◦ §1d – Abgabe COVID-19-Selbsttests, Aufwand der Krankenfürsorgeanstalten bis 31. März 2022 ◦ §1e – Mehraufwand Rettungs- und Krankentransportdienste bis 31. März 2022 ◦ §1f - Außerordentliche Zuwendungen (500 € Boni)																																										
Finanzielle Auswirkungen	Folgende Zahlungen wurden bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes gemäß COVID-19-Zweckzuschussgesetz getätigt: Der Bedarf wurde teilweise durch verfügbare Mittel aufgrund der Bindungsaufhebung für die Zahlungen im Zusammenhang des Epidemiegesetzes bedeckt. <table><tr><td></td><td>Vormonate</td><td>Oktober 2021</td></tr><tr><td>§1 Abs. 1 Z. 1 – Schutzausrüstung</td><td>68.624.008,31</td><td>24.153.868,93</td></tr><tr><td>§1 Abs. 1 Z. 2 – Personalkosten 1450 und Ähnliche</td><td>11.787.864,98</td><td>925.104,38</td></tr><tr><td>§1 Abs. 1 Z. 3 – Barackenspitäler</td><td>32.647.407,58</td><td>-</td></tr><tr><td>§1 Abs. 1 Z. 5 – Im direkten Zusammenhang mit nach Z 2 entstandene Kosten</td><td>1.361.240,80</td><td>737.847,06</td></tr><tr><td>§1 Abs. 1 Z. 6 – Administrativer Aufwand im Zusammenhang mit § 5 EpiG Testungen</td><td>40.512.635,64</td><td>4.163.110,70</td></tr><tr><td>§1a – Bevölkerungsweite Testungen</td><td>25.767.381,63</td><td>657.836,59</td></tr><tr><td>§1b – Bevölkerungsweite Impfaktionen</td><td>1.086.584,18</td><td>1.575.156,99</td></tr><tr><td>§1c – COVID-19-Tests in Apotheken (KFA Versicherte)</td><td>-</td><td>570.467,86</td></tr><tr><td>§1d – Abgabe COVID-19-Tests in Apotheken (KFA Versicherte)</td><td>-</td><td>727.594,93</td></tr><tr><td>§1e – Mehraufwand Rettungsorganisationen</td><td>-</td><td>3.374.910,00</td></tr><tr><td>§1f – Außerordentliche Zuwendungen (500 € Boni)</td><td>-</td><td>-</td></tr><tr><td>Summe</td><td>181.787.123,12</td><td>36.885.897,44</td></tr><tr><td>gesamt</td><td colspan="2">218.673.020,56 €</td></tr></table>		Vormonate	Oktober 2021	§1 Abs. 1 Z. 1 – Schutzausrüstung	68.624.008,31	24.153.868,93	§1 Abs. 1 Z. 2 – Personalkosten 1450 und Ähnliche	11.787.864,98	925.104,38	§1 Abs. 1 Z. 3 – Barackenspitäler	32.647.407,58	-	§1 Abs. 1 Z. 5 – Im direkten Zusammenhang mit nach Z 2 entstandene Kosten	1.361.240,80	737.847,06	§1 Abs. 1 Z. 6 – Administrativer Aufwand im Zusammenhang mit § 5 EpiG Testungen	40.512.635,64	4.163.110,70	§1a – Bevölkerungsweite Testungen	25.767.381,63	657.836,59	§1b – Bevölkerungsweite Impfaktionen	1.086.584,18	1.575.156,99	§1c – COVID-19-Tests in Apotheken (KFA Versicherte)	-	570.467,86	§1d – Abgabe COVID-19-Tests in Apotheken (KFA Versicherte)	-	727.594,93	§1e – Mehraufwand Rettungsorganisationen	-	3.374.910,00	§1f – Außerordentliche Zuwendungen (500 € Boni)	-	-	Summe	181.787.123,12	36.885.897,44	gesamt	218.673.020,56 €	
	Vormonate	Oktober 2021																																									
§1 Abs. 1 Z. 1 – Schutzausrüstung	68.624.008,31	24.153.868,93																																									
§1 Abs. 1 Z. 2 – Personalkosten 1450 und Ähnliche	11.787.864,98	925.104,38																																									
§1 Abs. 1 Z. 3 – Barackenspitäler	32.647.407,58	-																																									
§1 Abs. 1 Z. 5 – Im direkten Zusammenhang mit nach Z 2 entstandene Kosten	1.361.240,80	737.847,06																																									
§1 Abs. 1 Z. 6 – Administrativer Aufwand im Zusammenhang mit § 5 EpiG Testungen	40.512.635,64	4.163.110,70																																									
§1a – Bevölkerungsweite Testungen	25.767.381,63	657.836,59																																									
§1b – Bevölkerungsweite Impfaktionen	1.086.584,18	1.575.156,99																																									
§1c – COVID-19-Tests in Apotheken (KFA Versicherte)	-	570.467,86																																									
§1d – Abgabe COVID-19-Tests in Apotheken (KFA Versicherte)	-	727.594,93																																									
§1e – Mehraufwand Rettungsorganisationen	-	3.374.910,00																																									
§1f – Außerordentliche Zuwendungen (500 € Boni)	-	-																																									
Summe	181.787.123,12	36.885.897,44																																									
gesamt	218.673.020,56 €																																										

Kosten COVID-19-Zweckzuschussgesetz im Detail

2021 - gesamt Zweckzuschussgesetz

Gesamtübersicht Zahlungen COVID-Kosten alle Bundesländer 2021

Zahlungen gemäß Zweckzuschussgesetz	Wien	Salzburg	Oberösterreich	Niederösterreich	Burgenland	Steiermark	Kärnten	Tirol	Vorarlberg	Österreich
§1 Abs. 1 Z1 Schutzausrüstung	51.404.157,31 €	1.483.154,22 €	0,00 €	24.153.868,93 €	2.075.323,50 €	9.758.265,62 €	2.541.247,32 €	0,00 €	1.361.860,34 €	92.777.877,24 €
§1 Abs. 1 Z2 Personalkosten 1450	9.950.058,55 €	389.592,08 €	0,00 €	925.104,38 €	0,00 €	485.690,19 €	0,00 €	0,00 €	962.524,16 €	12.712.969,36 €
§1 Abs. 1 Z3 Barackenspitäler	31.178.710,12 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	226.113,92 €	47.531,48 €	71.665,64 €	33.210,00 €	1.090.176,42 €	32.647.407,58 €
§1 Abs. 1 Z5 Kosten iZH mit 1450	782.524,37 €	40.789,58 €	0,00 €	753.207,14 €	0,00 €	427.945,13 €	0,00 €	0,00 €	95.221,64 €	2.099.087,86 €
§1 Abs. 1 Z6 Administrativer Aufwand iZH mit §5 EpiG Untersuchungen	28.546.814,41 €	5.017.448,96 €	0,00 €	4.162.123,70 €	1.464.017,03 €	930,24 €	0,00 €	111.327,00 €	5.373.085,00 €	44.675.746,34 €
Testungen - gesamt	7.621.907,87 €	909.642,34 €	0,00 €	7.358.153,60 €	1.376.578,57 €	2.206.107,98 €	3.107.306,11 €	0,00 €	3.845.521,75 €	26.425.218,22 €
davon:										
§1a Z1 bevölkerungsweite Testungen: Kosten (ohne Überstunden und Aufwandsentschädigungen)	7.621.907,87 €	248.040,57 €	0,00 €	7.358.153,60 €	648.984,73 €	2.206.107,98 €	1.263.480,01 €	0,00 €	3.390.260,60 €	22.736.935,36 €
§1a Z2 bevölkerungsweite Testungen: zusätzliche Überstunden von Gemeindebediensteten	0,00 €	347.021,46 €	0,00 €	0,00 €	186.728,34 €	0,00 €	944.017,10 €	0,00 €	237.278,15 €	1.715.075,05 €
§1a Z5 bevölkerungsweite Testungen: Aufwandsentschädigungen Freiwillige	0,00 €	314.580,31 €	0,00 €	0,00 €	540.835,50 €	0,00 €	899.809,00 €	0,00 €	217.983,00 €	1.973.207,81 €
Impfstellen - gesamt	709.314,25 €	812.536,50 €	154.057,00 €	525.681,49 €	289.054,50 €	2.826,25 €	0,00 €	0,00 €	168.271,18 €	2.661.741,17 €
davon:										
§1a > §1a Z1 Impfstellen: Kosten ohne Überstunden	709.314,25 €	812.536,50 €	154.057,00 €	525.681,49 €	289.054,50 €	2.826,25 €	0,00 €	0,00 €	168.271,18 €	2.661.741,17 €
§1b > §1a Z2 Impfstellen: zusätzliche Überstunden von Gemeindebediensteten	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
§1c COVID-19-Tests in Apotheken, KFA	0,00 €	0,00 €	570.467,86 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	570.467,86 €
§1d COVID-19-Selbsttest, Abgabe in Apotheken, KFA	0,00 €	0,00 €	727.594,93 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	727.594,93 €
§1e Mehraufwand Rettungsorganisationen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	2.784.420,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	590.490,00 €	3.374.910,00 €
Summe	130.193.486,88 €	8.653.163,68 €	1.452.119,79 €	40.662.559,24 €	5.431.087,52 €	12.928.696,89 €	5.720.219,07 €	144.537,00 €	13.487.150,49 €	218.673.020,56 €

(Eine Tiefergliederung bei den Testungen und Impfstellen auf zusätzliche Überstunden von Gemeindebediensteten und Aufwandsentschädigungen für Freiwillige erfolgt dann, wenn Daten von den Ländern

Titel	Ankauf Selbsttests zur Abgabe in Apotheken (DB 24.01.01.00)										
Im BFG 2021 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	200.603.465,91 € ausbezahlt										
Beschreibung der Maßnahmen	Öffentliche Apotheken sind berechtigt für die Dauer der COVID-19-Pandemie SARS-CoV-2-Antigentests abzugeben. Die Beschaffung der Antigentests erfolgt über den Bund (BMSGPK), die Tests werden den Apotheken zur Verfügung gestellt. Gesetzliche Grundlage: § 742b ASVG, BGBl. I Nr. 34/2021 Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend die Verlängerung der Bestimmungen über die Abgabe von SARS-CoV-2-Antigentests zur Eigenanwendung durch öffentliche Apotheken, BGBl. II Nr. 370/2021										
Materielle Auswirkungen	Gemäß Zirkulationsbeschluss MR 47. vom 5.2.2021 werden zur weiteren Eindämmung der Pandemie kostenlose COVID-19-Selbsttests für die gesamte Bevölkerung zur Verfügung gestellt. Bezugsberechtigt sind jene Personen, die vor dem 1. Jänner 2006 geboren wurden. Die Abgabe erfolgt durch die Apotheken. Die Belieferung der Apotheken erfolgt durch den pharmazeutischen Großhandel. Es wurden insgesamt 126.867.525 Selbsttests bestellt.										
Finanzielle Auswirkungen	Folgende Zahlungen wurden bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes getätigt: <table border="1"> <tr> <td></td><td>Summe Vormonate</td><td>Oktober 2021</td></tr> <tr> <td>Summe</td><td>189.663.848,01</td><td>10.939.617,90</td></tr> <tr> <td>gesamt</td><td colspan="2">200.603.465,91 €</td></tr> </table> Die Bedeckung wurde im Rahmen der Novelle des Bundesfinanzgesetzes 2021 (BGBl. I Nr. 89/2021) sichergestellt.			Summe Vormonate	Oktober 2021	Summe	189.663.848,01	10.939.617,90	gesamt	200.603.465,91 €	
	Summe Vormonate	Oktober 2021									
Summe	189.663.848,01	10.939.617,90									
gesamt	200.603.465,91 €										

Titel	Freistellung und Risikoatteste gem. ASVG und Parallelgesetze (DB 24.02.03.00)															
Im BFG 2021 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	81.261.197,31 € ausbezahlt Dotierung des DB 24.02.03 iHv. 400 Mio. € im Rahmen der BFG-Novelle Mai 2021 (BGBl. I Nr. 89/2021)															
Beschreibung der Maßnahmen	Der Gesetzgeber hat die Möglichkeit zur Freistellung von Arbeitnehmer:innen, geringfügig Beschäftigten und Lehrlingen, die mit höherer Wahrscheinlichkeit einen schweren Krankheitsverlauf zu befürchten haben, beschlossen (Risikogruppe). Per Verordnung des Gesundheitsministers war festzulegen, wer der Risikogruppe angehört. Die Definition erfolgte anhand von Krankheitsdiagnosen. Das Risikoattest, welches Grundlage einer Freistellung ist, ist von einer/m Ärzt:in auszustellen, wofür der/m ausstellenden Ärzt:in ein pauschales Honorar von 50 € gebührt. Die freigestellten „Risikopatient:innen“ erhalten von den jeweiligen Arbeitgeber:innen weiterhin ihre Bezüge, die dadurch anfallenden Personalkosten werden den Arbeitgeber:innen durch die ÖGK bzw. die BVAEB für die freigestellten Risikopersonen erstattet. Die ÖGK und die BVAEB haben Anspruch auf Ersatz der daraus resultierenden Aufwendungen aus dem Covid-19-Krisenbewältigungsfonds. In Beantwortung einer Anfrage des Landes Niederösterreich wurde festgestellt, dass, nachdem für die Vollziehung der Landarbeiter die jeweilige Landesregierung an Stelle der KV-Träger zuständig ist, die Kostenerstattung an den Dienstgeber durch die LReg zu erfolgen hat. Der Bund hat in weiterer Folge den Ländern die entstehenden Aufwendungen aus dem COVID-19 Krisenbewältigungsfonds zu ersetzen. Gesetzliche Grundlage: § 735 ASVG, § 258 B-KUVG															
Materielle Auswirkungen	Von den Trägern erstattete und bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes vom BMSGPK erstattete Freistellungsfälle: <table><tr><td>Träger</td><td>Zeitraum</td><td>Fallzahl</td></tr><tr><td>ÖGK</td><td>12/20 bis 06/21</td><td>20.743</td></tr><tr><td>BVAEB</td><td>11/20 bis 08/21</td><td>2.585</td></tr><tr><td>Land Niederösterreich</td><td>05/20 bis 12/21</td><td>5</td></tr><tr><td colspan="2">Gesamt</td><td>23.333</td></tr></table>	Träger	Zeitraum	Fallzahl	ÖGK	12/20 bis 06/21	20.743	BVAEB	11/20 bis 08/21	2.585	Land Niederösterreich	05/20 bis 12/21	5	Gesamt		23.333
Träger	Zeitraum	Fallzahl														
ÖGK	12/20 bis 06/21	20.743														
BVAEB	11/20 bis 08/21	2.585														
Land Niederösterreich	05/20 bis 12/21	5														
Gesamt		23.333														

	Von den Trägern ausgestellte Risikoatteste und bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes erstattete Kosten im Zusammenhang mit Risikoattesten: <table><tr><th>Träger</th><th>Zeitraum</th><th>Fallzahl</th></tr><tr><td>ÖGK</td><td>07/20 bis 03/21</td><td>27.816</td></tr><tr><td>BVAEB</td><td>11/20 bis 08/21</td><td>7.341</td></tr><tr><td colspan="2">Gesamt</td><td>35.157</td></tr></table> Im Zusammenhang mit der Maßnahme sind Verwaltungskosten bei der ÖGK iHv. EUR 0,308 Mio. €, bei der BVEAB iHv. 0,010 Mio. € und beim Land Niederösterreich in Höhe von 742,05 € angefallen, welche ebenfalls vom Bund ersetzt wurden.	Träger	Zeitraum	Fallzahl	ÖGK	07/20 bis 03/21	27.816	BVAEB	11/20 bis 08/21	7.341	Gesamt		35.157						
Träger	Zeitraum	Fallzahl																	
ÖGK	07/20 bis 03/21	27.816																	
BVAEB	11/20 bis 08/21	7.341																	
Gesamt		35.157																	
Finanzielle Auswirkungen	Folgende Zahlungen wurden bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes getätigt: <table><tr><th></th><th>Vormonate</th><th>Oktober 2021</th></tr><tr><td>ÖGK</td><td>68.479.426,25 €</td><td></td></tr><tr><td>BVAEB</td><td>9.479.762,49 €</td><td>3.280.274,21 €</td></tr><tr><td>Land Niederösterreich</td><td>21.734,36 €</td><td>-</td></tr><tr><td>Summe</td><td>77.980.923,10 €</td><td>3.280.274,21 €</td></tr><tr><td>Gesamt</td><td colspan="2">81.261.197,31 €</td></tr></table>		Vormonate	Oktober 2021	ÖGK	68.479.426,25 €		BVAEB	9.479.762,49 €	3.280.274,21 €	Land Niederösterreich	21.734,36 €	-	Summe	77.980.923,10 €	3.280.274,21 €	Gesamt	81.261.197,31 €	
	Vormonate	Oktober 2021																	
ÖGK	68.479.426,25 €																		
BVAEB	9.479.762,49 €	3.280.274,21 €																	
Land Niederösterreich	21.734,36 €	-																	
Summe	77.980.923,10 €	3.280.274,21 €																	
Gesamt	81.261.197,31 €																		

Titel	Tests im niedergelassenen Bereich an symptomatischen Patienten gem. ASVG und Parallelgesetze (DB 24.02.03.00)																			
Im BFG 2021 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	35.471.940,00 € ausbezahlt Dotierung des DB 24.02.03 iHv. 400 Mio. € im Rahmen der BFG-Novelle Mai 2021 (BGBl. I Nr. 89/2021)																			
Beschreibung der Maßnahmen	Gem. §§ 742 ASVG, 380 GSVG, 374 BSVG und 261 B-KUVG sind die im niedergelassenen Bereich tätigen Vertragsärzt:innen, Vertragsgruppenpraxen sowie die selbständigen Vertragsambulatorien für Labormedizin für die Dauer der durch die WHO ausgerufenen COVID-19-Pandemie unter den in der entsprechenden Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz genannten Voraussetzungen (BGBl. II Nr. 453/2020) berechtigt, COVID-19-Tests durchzuführen. Für das Material, die Probenentnahme, die Auswertung eines Antigentests, die dazugehörige Dokumentation sowie das therapeutische Gespräch hat der Krankenversicherungsträger ein pauschales Honorar zu bezahlen. Die ausbezahlten Honorare werden dem Krankenversicherungsträger durch den Bund aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds ersetzt.																			
Materielle Auswirkungen	Im niedergelassenen Bereich durchgeführte und bis zum Monatsende des Berichtszeitraums vom BMSGPK erstattete Tests: <table border="1"> <tr> <th>Träger</th><th>Zeitraum</th><th>Fallzahl</th></tr> <tr> <td>ÖGK</td><td>4.Qu./20 – 1.Qu./2021</td><td>493.462</td></tr> <tr> <td>BVAEB</td><td>4.Qu./20 – 1.Qu./2021</td><td>61.965</td></tr> <tr> <td>SVS</td><td>4.Qu./20 – 1.Qu./2021</td><td>47.643</td></tr> <tr> <td>Gesamt</td><td colspan="2">603.070</td></tr> </table>		Träger	Zeitraum	Fallzahl	ÖGK	4.Qu./20 – 1.Qu./2021	493.462	BVAEB	4.Qu./20 – 1.Qu./2021	61.965	SVS	4.Qu./20 – 1.Qu./2021	47.643	Gesamt	603.070				
Träger	Zeitraum	Fallzahl																		
ÖGK	4.Qu./20 – 1.Qu./2021	493.462																		
BVAEB	4.Qu./20 – 1.Qu./2021	61.965																		
SVS	4.Qu./20 – 1.Qu./2021	47.643																		
Gesamt	603.070																			
Finanzielle Auswirkungen	Folgende Zahlungen wurden bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes getätigt: <table border="1"> <tr> <th></th><th>Vormonate</th><th>Oktober 2021</th></tr> <tr> <td>ÖGK</td><td>13.497.425,00 €</td><td>14.954.795,00 €</td></tr> <tr> <td>BVAEB</td><td></td><td>3.975.370,00 €</td></tr> <tr> <td>SVS</td><td>1.585.405,00 €</td><td>1.458.945,00 €</td></tr> <tr> <td>Summe</td><td>15.082.830,00 €</td><td>20.389.110,00 €</td></tr> <tr> <td>Gesamt</td><td colspan="2">35.471.940,00 €</td></tr> </table>			Vormonate	Oktober 2021	ÖGK	13.497.425,00 €	14.954.795,00 €	BVAEB		3.975.370,00 €	SVS	1.585.405,00 €	1.458.945,00 €	Summe	15.082.830,00 €	20.389.110,00 €	Gesamt	35.471.940,00 €	
	Vormonate	Oktober 2021																		
ÖGK	13.497.425,00 €	14.954.795,00 €																		
BVAEB		3.975.370,00 €																		
SVS	1.585.405,00 €	1.458.945,00 €																		
Summe	15.082.830,00 €	20.389.110,00 €																		
Gesamt	35.471.940,00 €																			

Titel	Beschaffung von Schutzausrüstung gem. ASVG und Parallelgesetze (DB 24.02.03.00)
Im BFG 2021 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	45.231.047,31 € ausbezahlt Dotierung des DB 24.02.03 iHv. 400 Mio. € im Rahmen der BFG-Novelle Mai 2021 (BGBl. I Nr. 89/2021)
Beschreibung der Maßnahmen	Gem. § 741 ASVG ist die ÖGK für die Dauer der COVID-19-Pandemie verpflichtet, für die Leistungserbringung diverser Berufsgruppen im Gesundheits- und Pflegebereich die zur Aufrechterhaltung der medizinischen Versorgung notwendigen Produkte zu beschaffen und diese den jeweiligen gesetzlichen bzw. beruflichen Interessenvertretungen zur Verteilung zur Verfügung zu stellen. Der Bund hat der Österreichischen Gesundheitskasse die ausgewiesenen tatsächlichen Kosten für die beschafften Produkte sowie die Kosten für die notwendige Logistik und Lagerhaltung aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds zu ersetzen. Gesetzliche Grundlage: § 741 ASVG
Materielle Auswirkungen	Von der ÖGK wurde im November und Dezember 2020 Schutzausrüstung im Wert von 4,100 Mio. € beschafft, darunter • 4,6 Mio. Atemschutzmasken, • 2,5 Mio. Schürzen, Schutzmäntel und Schutzoveralls, • 0,08 Mio. Stück Gesamtgesichtsschutz bzw. Schutzbrillen, • 17,3 Mio. Stück OP-Ausrüstung (OP-Handschuhe, OP-Überschuhe, OP-Schutzmasken und OP-Hauben), • 0,3 Mio. Einheiten Desinfektionsmittel unterschiedlichster Anwendungsbereiche (Flächen, Instrumente, Hände) und • 0,008 Mio. Hygiene-Schutzsets. Von Jänner bis März 2021 wurde beschafft: • 23,6,0 Mio. Atemschutzmasken, • 26,8 Mio. Schürzen, Schutzmäntel und Schutzoveralls, • 0,4 Mio. Stück Gesamtgesichtsschutz bzw. Schutzbrillen, • 8,2 Mio. Stück OP-Ausrüstung (OP-Handschuhe, OP-Überschuhe, OP-Schutzmasken und OP-Hauben), • 113,5 Mio. Untersuchungshandschuhe, • 0,9 Mio. Einheiten Desinfektionsmittel unterschiedlichster Anwendungsbereiche (Flächen, Instrumente, Hände) und • 0,2 Mio. Hygiene-Schutzsets.

Finanzielle Auswirkungen	Sämtliche Erstattungen (auch für die Beschaffung 2020) erfolgten 2021. In Summe wurden für den Zeitraum 11/2020 bis 06/2021 45.231.047,31 € überwiesen.
--------------------------	--

Titel	Tests in Apotheken, ärztlichen Hausapotheken und im niedergelassenen Bereich an asymptomatischen Personen gem. ASVG und Parallelgesetze (DB 24.02.03.00)																			
Im BFG 2021 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	137.265.318,50 € ausbezahlt Dotierung des DB 24.02.03 iHv. 400 Mio. € im Rahmen der BFG-Novelle Mai 2021 (BGBl. I Nr. 89/2021)																			
Beschreibung der Maßnahmen	Gemäß §§ 742a ASVG, 380a GSVG, 374a BSVG und 261a B-KUVG sind die öffentlichen Apotheken (bzw. nach entsprechenden Novellen in weiterer Folge auch Ärzt:innen mit Hausapotheken und Vertragsärzt:innen im niedergelassenen Bereich, Vertragsgruppenpraxen und Vertragsambulatorien) berechtigt, COVID-19-Test durchzuführen. Für die Durchführung eines Tests bezahlt der Krankenversicherungsträger ein pauschales Honorar iHv. 25 €, womit auch Material, Auswertung, Dokumentation und die Ausstellung eines Ergebnismachweises abgedeckt sind. Der Bund hat dem Krankenversicherungsträger die daraus resultierenden Aufwendungen aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds zu ersetzen. Gesetzliche Grundlage: § 742a ASVG, § 380a GSVG, § 374a BSVG und § 261a B-KUVG																			
Materielle Auswirkungen	In Apotheken, ärztlichen Hausapotheken und im niedergelassenen Bereich an asymptomatischen Personen durchgeführte und bis zum Monatsende des Berichtszeitraums vom BMSGPK erstattete Tests: <table border="1"> <thead> <tr> <th>Träger</th><th>Zeitraum</th><th>Fallzahl</th></tr> </thead> <tbody> <tr> <td>ÖGK</td><td>02-04/2021</td><td>3.691.662</td></tr> <tr> <td>BVAEB</td><td>02-06/2021</td><td>881.504</td></tr> <tr> <td>SVS</td><td>02-06/2021</td><td>871.812</td></tr> <tr> <td>Gesamt</td><td colspan="2">5.444.978</td></tr> </tbody> </table>		Träger	Zeitraum	Fallzahl	ÖGK	02-04/2021	3.691.662	BVAEB	02-06/2021	881.504	SVS	02-06/2021	871.812	Gesamt	5.444.978				
Träger	Zeitraum	Fallzahl																		
ÖGK	02-04/2021	3.691.662																		
BVAEB	02-06/2021	881.504																		
SVS	02-06/2021	871.812																		
Gesamt	5.444.978																			
Finanzielle Auswirkungen	Folgende Zahlungen wurden bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes getätigt: <table border="1"> <thead> <tr> <th></th><th>Vormonate</th><th>Oktober 2021</th></tr> </thead> <tbody> <tr> <td>ÖGK</td><td>93.214.465,50 €</td><td></td></tr> <tr> <td>BVAEB</td><td></td><td>22.037.600,00 €</td></tr> <tr> <td>SVS</td><td></td><td>22.013.253,00 €</td></tr> <tr> <td>Summe</td><td>93.214.465,50 €</td><td>44.050.853,00 €</td></tr> <tr> <td>Gesamt</td><td colspan="2">137.265.318,50 €</td></tr> </tbody> </table>			Vormonate	Oktober 2021	ÖGK	93.214.465,50 €		BVAEB		22.037.600,00 €	SVS		22.013.253,00 €	Summe	93.214.465,50 €	44.050.853,00 €	Gesamt	137.265.318,50 €	
	Vormonate	Oktober 2021																		
ÖGK	93.214.465,50 €																			
BVAEB		22.037.600,00 €																		
SVS		22.013.253,00 €																		
Summe	93.214.465,50 €	44.050.853,00 €																		
Gesamt	137.265.318,50 €																			

Titel	Abgabe von Tests zur Eigenanwendung gem. ASVG und Parallelgesetze (DB 24.02.03.00)																			
Im BFG 2021 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	53.759.904,10 € ausbezahlt Dotierung des DB 24.02.03 iHv. 400 Mio. € im Rahmen der BFG-Novelle Mai 2021 (BGBl. I Nr. 89/2021)																			
Beschreibung der Maßnahmen	Gemäß §§ 742b ASVG, 380b GSVG, 374b BSVG und 261b B-KUVG sind die öffentlichen Apotheken berechtigt, auf Rechnung des Krankenversicherungsträgers SARS-CoV-2-Antigentests zur Eigenanwendung an bezugsberechtigte Personen abzugeben. Der Krankenversicherungsträger hat pro abgegebener Packung (beinhaltet jeweils 5 Tests, ab Juni 2021 jeweils 10 Tests, Beschaffung durch den Bund, Bedeckung durch DB 24.01.01) ein pauschales Honorar iHv. 10 € zu bezahlen. Der Bund hat dem Krankenversicherungsträger die daraus resultierenden Aufwendungen aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds zu ersetzen. Gesetzliche Grundlage: §§ 742b ASVG, 380b GSVG, 374b BSVG und 261b B-KUVG																			
Materielle Auswirkungen	Von Apotheken abgegebene und bis zum Monatsende des Berichtszeitraums vom BMSGPK erstattete Tests zur Eigenanwendung: <table border="1"> <tr> <th>Träger</th><th>Zeitraum</th><th>Fallzahl</th></tr> <tr> <td>ÖGK</td><td>03-04/2021</td><td>3.717.677</td></tr> <tr> <td>BVAEB</td><td>03-06/2021</td><td>887.206</td></tr> <tr> <td>SVS</td><td>03-06/2021</td><td>739.294</td></tr> <tr> <td>Gesamt</td><td></td><td>5.344.177</td></tr> </table>		Träger	Zeitraum	Fallzahl	ÖGK	03-04/2021	3.717.677	BVAEB	03-06/2021	887.206	SVS	03-06/2021	739.294	Gesamt		5.344.177			
Träger	Zeitraum	Fallzahl																		
ÖGK	03-04/2021	3.717.677																		
BVAEB	03-06/2021	887.206																		
SVS	03-06/2021	739.294																		
Gesamt		5.344.177																		
Finanzielle Auswirkungen	Folgende Zahlungen wurden bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes getätigt: <table border="1"> <tr> <th></th><th>Vormonate</th><th>Oktober 2021</th></tr> <tr> <td>ÖGK</td><td>37.420.974,70 €</td><td></td></tr> <tr> <td>BVAEB</td><td></td><td>8.872.060,00 €</td></tr> <tr> <td>SVS</td><td></td><td>7.466.869,40 €</td></tr> <tr> <td>Summe</td><td>37.420.974,70 €</td><td>16.338.929,40</td></tr> <tr> <td>Gesamt</td><td></td><td>53.759.904,10 €</td></tr> </table>			Vormonate	Oktober 2021	ÖGK	37.420.974,70 €		BVAEB		8.872.060,00 €	SVS		7.466.869,40 €	Summe	37.420.974,70 €	16.338.929,40	Gesamt		53.759.904,10 €
	Vormonate	Oktober 2021																		
ÖGK	37.420.974,70 €																			
BVAEB		8.872.060,00 €																		
SVS		7.466.869,40 €																		
Summe	37.420.974,70 €	16.338.929,40																		
Gesamt		53.759.904,10 €																		

Titel	Covid-19-Impfungen im niedergelassenen Bereich gem. ASVG und Parallelgesetze (DB 24.02.03.00)																			
Im BFG 2021 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	7.571.590,00 € Dotierung des DB 24.02.03 iHv. 400 Mio. € im Rahmen der BFG-Novelle Mai 2021 (BGBl. I Nr. 89/2021)																			
Beschreibung der Maßnahmen	Die im niedergelassenen Bereich tätigen Ärzt:innen, Gruppenpraxen bzw. Primärversorgungseinheiten sowie die selbständigen Ambulatorien sind berechtigt, Impfungen gegen SARS-CoV-2 mit dem vom Bund zur Verfügung gestellten und finanzierten Impfstoff auf Rechnung der Krankenversicherungsträger (ÖGK, SVS, BVAEB) durchzuführen. Das durch Verordnung des BMSGPK festgelegte pauschalisierte Honorar für die Durchführung der Impfung sowie für die jeweilige Dokumentation ist von dem jeweils zuständigen Krankenversicherungsträger zu bezahlen und durch den Bund aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds zu ersetzen. Gesetzliche Grundlage: § 747 ASVG, § 384 GSVG, § 378 BSVG und § 263B-KUVG																			
Materielle Auswirkungen	Im niedergelassenen Bereich durchgeführte und bis zum Monatsende des Berichtszeitraums vom BMSGPK erstattete Impfungen: <table border="1"> <tr> <th>Träger</th><th>Zeitraum</th><th>Fallzahl</th></tr> <tr> <td>ÖGK</td><td>1. Qu./21</td><td>267.227</td></tr> <tr> <td>BVAEB</td><td>1. Qu./21</td><td>246</td></tr> <tr> <td>SVS</td><td>1. Qu./21</td><td>53.651</td></tr> <tr> <td>Gesamt</td><td></td><td>321.124</td></tr> </table>		Träger	Zeitraum	Fallzahl	ÖGK	1. Qu./21	267.227	BVAEB	1. Qu./21	246	SVS	1. Qu./21	53.651	Gesamt		321.124			
Träger	Zeitraum	Fallzahl																		
ÖGK	1. Qu./21	267.227																		
BVAEB	1. Qu./21	246																		
SVS	1. Qu./21	53.651																		
Gesamt		321.124																		
Finanzielle Auswirkungen	Folgende Zahlungen wurden bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes getätigt: <table border="1"> <tr> <th></th><th>Vormonate</th><th>Oktober 2021</th></tr> <tr> <td>ÖGK</td><td></td><td>6.302.790,00 €</td></tr> <tr> <td>BVAEB</td><td>5.900,00 €</td><td></td></tr> <tr> <td>SVS</td><td>1.262.900,00 €</td><td></td></tr> <tr> <td>Summe</td><td>1.268.800,00 €</td><td>6.302,790,00 €</td></tr> <tr> <td>Gesamt</td><td></td><td>7.571.590,00 €</td></tr> </table>			Vormonate	Oktober 2021	ÖGK		6.302.790,00 €	BVAEB	5.900,00 €		SVS	1.262.900,00 €		Summe	1.268.800,00 €	6.302,790,00 €	Gesamt		7.571.590,00 €
	Vormonate	Oktober 2021																		
ÖGK		6.302.790,00 €																		
BVAEB	5.900,00 €																			
SVS	1.262.900,00 €																			
Summe	1.268.800,00 €	6.302,790,00 €																		
Gesamt		7.571.590,00 €																		

Titel	Ersatz Honorarausfall im niedergelassenen Bereich gem. ASVG und Parallelgesetze (DB 24.02.03.00)										
Im BFG 2021 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	16.472.116,18 € Dotierung des DB 24.02.03 iHv. 400 Mio. € im Rahmen der BFG-Novelle Mai 2021 (BGBl. I Nr. 89/2021)										
Beschreibung der Maßnahmen	Gemäß § 746 (6) ASVG erhalten Vertragsärzte, Vertragsgruppenpraxen bzw. Primärversorgungseinheiten, die im ersten, zweiten und vierten Quartal 2020 Leistungen erbracht und die vertraglich vereinbarten Ordinationstage weitgehend eingehalten haben, eine allfällige Differenz zwischen den im jeweiligen Quartal 2020 tatsächlich gebührenden Honoraren und 80% der Honorare des Vergleichszeitraumes des Vorjahres abzüglich allenfalls COVID-19-bedingten Zuschüsse, Entschädigungen und Beihilfen ausgezahlt. Falls im Vorjahr (2019) noch kein Vertragsverhältnis bestanden hat (§ 746 (7) ASVG), bemisst sich die Höhe der Ausgleichszahlung am Durchschnittshonorar des entsprechenden Fachgebietes im gleichen Bundesland im jeweiligen Vergleichszeitraum des Jahres 2019. Der ausgezahlte Differenzbetrag ist der Österreichischen Gesundheitskasse vom Bund aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds zu ersetzen. Gesetzliche Grundlage: § 746 Abs. 6+7 ASVG										
Materielle Auswirkungen	Für das erste Quartal wurde an 391 Vertragsärzte, Vertragsgruppenpraxen bzw. Primärversorgungseinheiten Honorarersatz geleistet, für das zweite Quartal an 1.039 und für das vierte Quartal an 308.:										
Finanzielle Auswirkungen	Folgende Zahlungen wurden bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes getätigt: <table border="1" data-bbox="579 1384 1209 1588"> <tr> <td></td><td>Vormonate</td><td>Oktober 2021</td></tr> <tr> <td>ÖGK</td><td></td><td>16.472.166,18 €</td></tr> <tr> <td>Gesamt</td><td colspan="2">16.472.166,18 €</td></tr> </table>			Vormonate	Oktober 2021	ÖGK		16.472.166,18 €	Gesamt	16.472.166,18 €	
	Vormonate	Oktober 2021									
ÖGK		16.472.166,18 €									
Gesamt	16.472.166,18 €										

Titel	Zahlungen an die Sozialversicherungsträger gem. ASVG und Parallelgesetze (DB 24.02.03.00)
Im BFG 2021 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	1.398,67 € ausbezahlt Dotierung des DB 24.02.03 iHv. 400 Mio. € im Rahmen der BFG-Novelle Mai 2021 (BGBl. I Nr. 89/2021)
Beschreibung der Maßnahmen	Die Kosten für die Verlängerung der Schutzfrist in der Krankenversicherung im Sinne des § 736 (5) ASVG sind dem Krankenversicherungsträger vom Bund aus dem COVID-19 Krisenbewältigungsfonds zu ersetzen.
Materielle Auswirkungen	Mit Schreiben vom 29.12.2020 teilte die ÖGK mit, dass es in 15 Fällen zu Leistungsansprüchen im Sinne des § 736 (5) gekommen ist.
Finanzielle Auswirkungen	Bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes wurde (für den Zeitraum 11.3. – 30.06.2020) an die ÖGK 1.398,67 € ausgezahlt.

Titel	Beschaffung von Coronaimpfstoffen (DB 24.03.01.00)																
Im BFG 2021 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	216.501.850,56 € ausbezahlt Die Aufhebung der Mittelbindung wurde vom BMF gem. § 37 BHG in der erforderlichen Höhe vorgenommen.																
Beschreibung der Maßnahmen	Österreich beteiligt sich am „Joint EU Approach to COVID-19 vaccines procurement“ um COVID-19-Impfstoffe von verschiedenen Herstellern zu beschaffen. Grundlage: MRV 27/44 vom 29. Juli 2020 MRV 30/17 vom 15. September 2020 MRV 47/27 vom 9. Februar 2021 MRV 58/16 vom 5. Mai 2021 Gesetzliche Grundlage: Bundesgesetz, mit dem zur Abdeckung des Bedarfes zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie Ermächtigungen zur Verfügung über Bundesvermögen erteilt werden, BGBl. I Nr. 135/2020																
Materielle Auswirkungen	Das COVID-19-Impfstoffportfolio besteht aus Impfstoffen von acht verschiedenen Herstellern, wobei die Verträge sich in Stadien von bereits laufenden Auslieferungen bis zu noch in Verhandlung befindlichen Vorkaufverträgen befinden. Wenn alle Optionen und noch nicht in Verhandlung befindliche Vorkaufverträge ausgeschöpft werden, werden bis einschließlich 2023 insgesamt rd. 70,5 Mio. Dosen COVID-19-Impfstoffe an Österreich geliefert. Bis einschließlich Oktober 2021 wurden Schenkungen des Impfstoffes Astra-Zeneca an folgende Länder getätigt: <table border="1"> <thead> <tr> <th>Land</th><th>Anzahl Dosen</th></tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Ukraine</td><td>250.000</td></tr> <tr> <td>Libanon</td><td>100.000</td></tr> <tr> <td>Bosnien und Herzegowina</td><td>500.000</td></tr> <tr> <td>Tunesien</td><td>50.000</td></tr> <tr> <td>Costa Rica</td><td>50.000</td></tr> <tr> <td>Iran</td><td>1.630.000</td></tr> <tr> <td>Gesamt</td><td>2.580.000</td></tr> </tbody> </table>	Land	Anzahl Dosen	Ukraine	250.000	Libanon	100.000	Bosnien und Herzegowina	500.000	Tunesien	50.000	Costa Rica	50.000	Iran	1.630.000	Gesamt	2.580.000
Land	Anzahl Dosen																
Ukraine	250.000																
Libanon	100.000																
Bosnien und Herzegowina	500.000																
Tunesien	50.000																
Costa Rica	50.000																
Iran	1.630.000																
Gesamt	2.580.000																

Finanzielle Auswirkungen	Folgende Zahlungen wurden bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes für die Beschaffung von Coronaimpfstoffen getätigt:	
		Summe Vormonate
		September 2021
	Summe	183.383.031,96
Gesamt		216.501.850,56 €

Titel	Impfstofflogistik (DB 24.03.01.00)										
Im BFG 2021 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	14.583.291,36 € ausbezahlt										
Beschreibung der Maßnahmen	Übernahme, Lagerung und Verteilung von COVID-19 Impfstoffen. Die Beauftragung erfolgte an den österreichischen Pharmagroßhandel. Gesetzliche Grundlage: Bundesgesetz, mit dem zur Abdeckung des Bedarfes zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie Ermächtigungen zur Verfügung über Bundesvermögen erteilt werden, BGBl. I Nr. 135/2020										
Materielle Auswirkungen	Eine erste Beauftragung über die Impfstofflogistik von 6,1 Mio. Dosen wurde über 8,5 Mio € erteilt. Eine Folgebeauftragung über 23,75 Mio. € im Wege der BBG wurde im Juni 2021 durchgeführt.										
Finanzielle Auswirkungen	Folgende Zahlungen wurden bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes für die Distribution der Coronaimpfstoffe ausbezahlt: <table border="1"> <tr> <td></td><td>Summe Vormonate</td><td>Oktober 2021</td></tr> <tr> <td>Summe</td><td>12.826.934,14</td><td>1.756.357,22</td></tr> <tr> <td>gesamt</td><td colspan="2">14.583.291,36 €</td></tr> </table> Der Bedarf wurde durch verfügbare Mittel aufgrund der Bindungsaufhebung für Zahlungen im Zusammenhang mit der Beschaffung von Coronaimpfstoffen bedeckt.			Summe Vormonate	Oktober 2021	Summe	12.826.934,14	1.756.357,22	gesamt	14.583.291,36 €	
	Summe Vormonate	Oktober 2021									
Summe	12.826.934,14	1.756.357,22									
gesamt	14.583.291,36 €										

Titel	Impfzubehör (DB 24.03.01.00)															
Im BFG 2021 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	4.786.214,79 € ausbezahlt															
Beschreibung der Maßnahmen	Um die beschafften COVID-19-Impfstoffe verimpfen zu können, werden Spritzen und Nadeln beschafft. Zur Rekonstituierung von Impfstoffen wird Kochsalzlösung (NaCl) beschafft. Gesetzliche Grundlage: Bundesgesetz, mit dem zur Abdeckung des Bedarfes zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie Ermächtigungen zur Verfügung über Bundesvermögen erteilt werden, BGBl. I Nr. 135/2020															
Materielle Auswirkungen	Mit Stand 31. August 2021 wurde folgendes Impfzubehör bestellt: <table><tr><td>1ml Spritzen mit Spardorn</td><td>23.964.000 Stk</td></tr><tr><td>1ml Spritzen ohne Spardorn</td><td>4.704.000 Stk</td></tr><tr><td>2ml Spritzen</td><td>2.584.000 Stk</td></tr><tr><td>3ml Spritzen</td><td>668.400 Stk</td></tr><tr><td>23-25G Kanülen</td><td>30.044.000 Stk</td></tr><tr><td>21 G Kanülen</td><td>8.064.000 Stk</td></tr><tr><td>NaCl 10ml Ampullen</td><td>1.860.000 Stk</td></tr></table>		1ml Spritzen mit Spardorn	23.964.000 Stk	1ml Spritzen ohne Spardorn	4.704.000 Stk	2ml Spritzen	2.584.000 Stk	3ml Spritzen	668.400 Stk	23-25G Kanülen	30.044.000 Stk	21 G Kanülen	8.064.000 Stk	NaCl 10ml Ampullen	1.860.000 Stk
1ml Spritzen mit Spardorn	23.964.000 Stk															
1ml Spritzen ohne Spardorn	4.704.000 Stk															
2ml Spritzen	2.584.000 Stk															
3ml Spritzen	668.400 Stk															
23-25G Kanülen	30.044.000 Stk															
21 G Kanülen	8.064.000 Stk															
NaCl 10ml Ampullen	1.860.000 Stk															
Finanzielle Auswirkungen	Folgende Zahlungen wurden bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes für die Beschaffung von Coronaimpfstoffen getätigt: <table><tr><td></td><td>Summe Vormonate</td><td>Oktober 2021</td></tr><tr><td>Summe</td><td>4.786.214,79</td><td>-</td></tr><tr><td>gesamt</td><td colspan="2">4.786.214,79 €</td></tr></table>			Summe Vormonate	Oktober 2021	Summe	4.786.214,79	-	gesamt	4.786.214,79 €						
	Summe Vormonate	Oktober 2021														
Summe	4.786.214,79	-														
gesamt	4.786.214,79 €															

Titel	Beschaffung und Versand FFP2 Masken (DB 24.03.01.00)
Im BFG 2021 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	23.097.657,90 € ausbezahlt Die Aufhebung der Mittelbindung wurde vom BMF gem. § 37 BHG in der erforderlichen Höhe vorgenommen.
Beschreibung der Maßnahmen	Gemäß Ministerratsvortrag 39/12 vom 24.11.2020 beschloss die Bundesregierung Personen der Altersgruppe 65+, kostenlos FFP2 Masken per Post zu senden. Ab dem 17.12.2020 wurde das Tragen von FFP2 Masken in Alten- und Pflegeheimen seitens des Bundes angeordnet. Den Ländern wurden daraufhin zur Verteilung an die Alten- und Pflegeheime FFP2 Masken zur Verfügung gestellt. Weiters wurden FFP2 Masken zur entgeltfreien Verteilung in Sozialmärkten an Bedürftige beschafft. Außerdem wurden in einem Sonderkontingent FFP2 Masken zur Verteilung an Sozialeinrichtungen und Teststraßen durch die Bundesländer beschafft. Grundlage: Ministerratsvortrag 39/12 vom 24. November 2020 Gesetzliche Grundlage: Bundesgesetz, mit dem zur Abdeckung des Bedarfes zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie Ermächtigungen zur Verfügung über Bundesvermögen erteilt werden, BGBl. I Nr. 135/2020
Materielle Auswirkungen	Gemäß Ministerratsbeschluss wurden 10 Stück FFP2 Masken pro Person in der Altersklasse 65+ beschafft und die Versendung durch die österreichische Post AG beauftragt. Für Alten und Pflegeheime wurden 10 Mio. Stück FFP2 Masken beschafft und den Ländern zur Verteilung an die Alten und Pflegeheime zur Verfügung gestellt. Für 66 Sozialmärkte wurden 132.000 Stück, pro Markt 2.000 Stück FFP2 Masken bestellt und direkt an die Sozialmärkte geliefert. Für das Sonderkontingent zur Verteilung durch die Bundesländer wurden 15 Mio. Stück FFP2 Masken bestellt.

Finanzielle Auswirkungen	Die Bedeckung wurde im Rahmen der Novelle des Bundesfinanzgesetzes 2021 (BGBl. I Nr. 89/2021) sichergestellt.	
	Folgende Zahlungen wurden bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes für die Beschaffung und den Postversand der FFP2-Masken getätigt:	
		Summe Vormonate
		Oktober 2021
	FFP2-Masken für Personen über 65	-
	FFP2-Masken für Sozialmärkte	-
	FFP2-Masken für Alten- und Pflegeheime	-
	FFP2-Masken Sonderkontingent für Bundesländer	-
	Versand FFP2 Masken	-
	Summe	-
	gesamt	23.097.657,90 €

Titel	Förderung der Stopp-Corona-App (DB 24.03.01.00)
Im BFG 2021 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	1.168.603,20 € ausbezahlt
Beschreibung der Maßnahmen	Mit der Stopp Corona App stellt das Österreichische Rote Kreuz die offizielle österreichische Contact Tracing App zur Eindämmung von Neuinfektionen mit COVID-19 in den Sprachen Deutsch und Englisch zur Verfügung. Sie ist über die App-Stores von Google und Apple kostenlos via Download erhältlich. Die Stopp Corona App soll einen wesentlichen Beitrag zur raschen Unterbrechung von Infektionsketten leisten und zielt zur Verwirklichung dieser Aufgabe konkret auf die automations-unterstützte Erfassung von sogenannten Infektionsgefährdenden- bzw. Intensivkontakten ab. Die App dient der Verhinderung der weiteren Verbreitung des COVID-19 Virus in der Bevölkerung und der Unterstützung des klassischen Kontaktpersonenmanagements. Begegnungen werden mittels digitalen Handshakes aufgezeichnet. Meldet sich eine der Person mit einer bestätigten COVID-19 Infektion bzw. aufgrund der Ergebnisse eines klinischen Fragebo-gens in der App als krank, werden alle in den letzten beiden Tagen als kontaktiert gespeicherten Personen über diesen Umstand informiert und entsprechende Maßnahmen vorgeschlagen. Durch die nachfolgende Selbstisolation können Infektionsketten unterbrochen werden und eine wesentliche Unterstützung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Gesundheit durch Eindämmung der COVID-19 Pandemie geleistet werden. Durch die Verwendung der App sollen die Nutzer_innen zudem fundiert über COVID-19 informiert und bei Bedarf entsprechende Handlungsempfehlungen erteilt werden. Grundlage: MRV 27/43 vom 29. Juli 2020
Materielle Auswirkungen	Mit der Förderung wurde der weitere Betrieb der Stopp Corona App bis zum Ende des Jahres 2021 sichergestellt.

Finanzielle Auswirkungen	Folgende Zahlungen wurden bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes für die Förderung der Corona App getätigt:	
	Vormonat 2021 *)	Oktober 2021
	Summe	1.168.603,20
	gesamt	1.168.603,20 €
*) Nachmeldung: Der Betrag wurde im September 2021 zur Auszahlung gebracht.		

Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz

Stubenring 1, 1010 Wien

Telefon: +43 1 711 00 – 0

Fax: +43 1 7158258

E-Mail: post@sozialministerium.at

www.sozialministerium.at

